

(Vizepräsident Spitz.)

(A) umfassend aufgetreten, daß auch durch eine derartige gelinde Maßregelung der vaterländischen Regierung kaum irgend etwas geändert werden wird. Im übrigen aber können wir von seiten der konservativen Partei dieses Hauses, wie wir das schon wiederholt getan haben, der Hohen Königlichen Staatsregierung nur ganz besonders unsere Anerkennung und unseren Dank dafür aussprechen, daß sie in der richtigen Erkenntnis, daß hier weitgehende Interessen der Einzelstaaten in Frage kommen, daß die Weitererfüllung unserer Kulturaufgaben geradezu in Frage gestellt werden kann, wenn dieser Weg weiter beschritten wird, gehandelt hat. Wir wissen der Königlichen Staatsregierung Dank, daß sie das erkannt und, wenn sie es erkannt, dann auch mit Nachdruck durchgeführt hat. Und wenn sie bei dieser Durchführung dazu geschritten ist, auch ihrerseits nach außen keinen Zweifel darüber zu lassen, daß sie in diesem Falle eine ablehnende Haltung gegenüber den anderen Bundesstaaten eingenommen hat, so liegt das gerade hier so sehr in der Sache, daß ich nur mein Befremden darüber ausdrücken kann, wenn bei dem Herrn Abgeordneten Dr. Zöphel Verwunderung über dieses Vorgehen unserer Regierung aufkommen konnte.

Es ist doch zweifellos das Recht des Hauses, bei jeder Frage, die den Bundesrat beschäftigt, auch unsererseits unsere Meinung zu äußern und an die Regierung mit dem Wunsche heranzugehen, die Ansicht im Bundesrate zu vertreten, die wir als richtig angesehen haben. Wenn aber das der Fall ist und wenn derartige Wünsche sich nach Lage der Sache nur vor der breitesten Öffentlichkeit vollziehen können, so ist es mir vollkommen unverständlich, wie darin etwas gefunden werden kann, daß die Königliche Staatsregierung in dieser das Allgemeinwohl berührenden so wichtigen Frage nach außen hin entsprechende Mitteilungen gemacht hat.

Nun hat der Herr Abgeordnete Dr. Zöphel, und das ist mir von ganz besonderem Interesse gewesen, sich auch des längeren über den Preußentag ausgesprochen. Er hat in dieser Beziehung über seine Mißbilligung über die Stellungnahme des Preußentages kein Hehl gelassen, und ich gebe ihm hierbei insofern recht, als auch ich manche Äußerungen, die dort gefallen sind, nicht unterschreiben möchte. Aber widersprechen möchte ich doch dem Herrn Abgeordneten Dr. Zöphel, wenn er behauptet, dieser Preußentag entbehre jeder inneren Berechtigung, denn die Entwicklung gewisser für das Gesamtwohl des Deutschen Reiches äußerst bedeutsamer Verhältnisse hat in der letzten Zeit allerdings nach der Richtung hin die schwersten Bedenken hervorgerufen darüber, ob nicht längst der Punkt überschritten ist, wo die unitarischen Tendenzen des Reiches und des Reichstages noch berechtigt sind, oder

ob es nicht vielmehr in der Tat am Platze ist, daß die Einzelstaaten auftreten und sagen: „Bis hierher und nicht weiter!“ Diesem Momente, glaube ich, wird man auch im letzten Grunde das Auftreten des Preußentages zuschreiben haben. Berücksichtigt man das, so wird man nicht so weit gehen dürfen, dem Auftreten des Preußentages jede Berechtigung abzuspochen.

Ich möchte hier mit einigen Worten noch näher auf den Unitarismus zukommen. Es unterliegt doch für denjenigen, der die Entwicklung der Reichsgesetzgebung im Laufe des letzten Jahrzehntes beobachtet hat, keinem Zweifel, daß das Reich immer mehr von den einzelnen gesetzgeberischen Materien an sich reißt und immer weniger geneigt ist zu fragen, ob nicht doch die Grenze längst überschritten ist, wo es fraglich ist, ob mit Inanspruchnahme der gesetzgeberischen Maßnahmen des Reiches das Wohl der Einzelstaaten noch entsprechend gewahrt werden kann. Aber ganz besonders, glaube ich, wird man behaupten können, daß ein Akt ausgesprochenen Unitarismus eben in jener steuerlichen Maßnahme der Reichsvermögenszuwachssteuer liegt, und daß diese Steuer geradezu ein Menetekel nach dieser Richtung für uns in den Einzelstaaten ist, das ist mit Recht nicht in Zweifel zu ziehen.

Aber dieser Unitarismus, meine Herren, das zeigt sich mehr und mehr, wird im Reiche von gewissen Seiten nicht um seiner selbst willen gepflegt, sondern mit diesem Unitarismus — das tritt von Tag zu Tag deutlicher hervor — soll auch die Demokratisierung des Reiches und des deutschen Volkes mehr und mehr gefördert werden.

(Zuruf bei den Nationalliberalen: Von uns doch nicht!)

Diese Demokratisierung hat gerade aus Anlaß der wiederholt schon besprochenen Zaberner Vorgänge ihre allerdrastischste Illustration gefunden.

(Sehr gut! rechts.)

Diese Zaberner Vorgänge haben ja, wie ich vorhin schon bemerkt, auch die nationalen Parteien des Reichstags in dem Sinne mit sich fortgerissen, daß in der Tat — das ist nicht wegzuleugnen — aus Anlaß dieser Vorgänge, die man nachher ganz anders beurteilt hat, dem Reichskanzler ein Mißtrauensvotum in der besten Form gegeben worden ist, ein Mißtrauensvotum, an dem allein die konservative Partei sich nicht beteiligt hat. Nun, meine Herren, das Erwachen ist allerdings ebenso jäh als gründlich gekommen,

(Sehr richtig! rechts. — Lachen in der Mitte und links.)